

blickpunkt bundestag

August 2009 | ISSN 14359146 | G 10624

www.bundestag.de



Haushalt und Generationengerechtigkeit

Tief in der Schuld

Besucherdienst

Alles voller Überraschungen

Streitpunkt

Die sichtbare Hand des Staates

Inhalt

- 2 Begegnungen**
im Parlamentsviertel
- 4 Titel**
Tief in der Schuld
Haushalt und Generationengerechtigkeit
- 11 Zwischenfragen**
„Stärkere Beteiligung des Parlaments“
Im Interview: Gunther Krichbaum
- 12 Im Blick**
Schalom, Deutschland!
Interparlamentarisches Patenschafts-Programm
- 16 Ansichtssachen**
Kehraus
- 18 Streitpunkt**
Die sichtbare Hand des Staates
Streitgespräch: Norbert Lammert und Paul Kirchhof
- 24 Platz der Republik**
Ein Neuanfang zum runden Geburtstag
Treffen der Wehrbeauftragten
- 26 Menschen**
Alles voller Überraschungen
Besucherdienst im Bundestag
- 30 Im Wortlaut**
Wer hat's gesagt?
- 31 Parlamentsgeschichten**
Bunt statt schwarz-weiß
Südafrika: Nationalversammlung und Provinzrat



4

Foto: f1online/Corbis Super RF

Staatsverschuldung

Noch nie war die Bundesrepublik Deutschland so hoch verschuldet wie heute. Für Bundestag und Bundesregierung ist es ein schwieriger Balanceakt: Die Politik steht in der Verantwortung, zu sparen und zugleich mit Milliardenbeträgen die Folgen der Finanzkrise abzufedern.

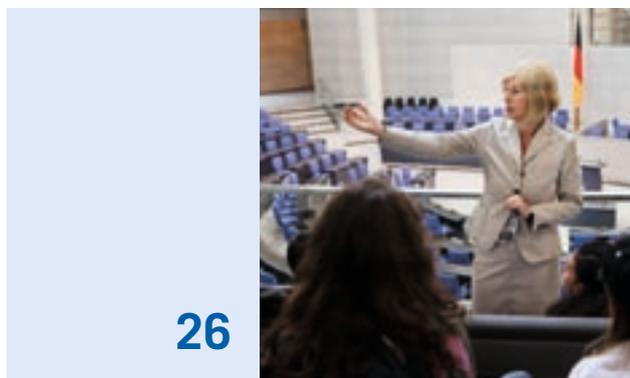


20

Foto: ddp/Volker Hartmann

Soziale Marktwirtschaft

Rettungsschirme für Banken, Konjunkturpakete für Unternehmen: Wie viel Staat verträgt die soziale Marktwirtschaft? Im BLICKPUNKT-Streitgespräch diskutieren darüber Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof.



26

Foto: DBT/Julia Nowak-Katz

Alles voller Überraschungen

Nicole Sonne ist freiberuflich für den Besucherdienst des Deutschen Bundestages tätig. Sie sagt, es sei die beste Aufgabe, die sie je hatte. Und das strahlt sie auch aus.



MIT OFFENEN ARMEN

hat Bundestagspräsident Norbert Lammert Mitte Juni seinen polnischen Amtskollegen Bronisław Komorowski empfangen. Gemeinsam enthüllten sie ein Mauerstück jener berühmten Danziger Werft, die 1980 Ausgangspunkt der polnischen Gewerkschaftsbewegung war. Mit ihrem Kampf für demokratische Rechte leistete die Solidarność lange vor dem Herbst 1989 einen entscheidenden Beitrag für das Ende der Teilung Europas. Die Gedenktafel an der Nordseite des Reichstagsgebäudes ist ein Geschenk des polnischen Sejms an den Bundestag. Die Parlamente pflegen enge Beziehungen und treffen sich regelmäßig bei gemeinsamen Präsidiumssitzungen. In diesem Jahr gedenken beide Länder sowohl des 20. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer als auch des Runden Tisches und der ersten freien Wahlen in Polen.

Mauerbau

Für die Öffentlichkeit im Westen völlig überraschend riegelt die DDR am 13. August 1961 die Sektorengrenze in Berlin ab. Straßen werden aufgerissen, Panzersperren und Stacheldrahtverhaue errichtet, Hauseingänge zugemauert. Nachdem die innerdeutsche Grenze schon fast unüberwindlich geworden war, kappt die DDR jetzt auch in Berlin die Verbindungen zwischen beiden Teilen der Stadt, die Straßen und Bahnlinien, die familiären und wirt-

schaftlichen Kontakte. Das verschlossene Brandenburger Tor wird zum Symbol der deutschen Teilung.

Kurz nach dem 13. August gelingt noch einigen Menschen die Flucht. Bis zum September 1961 überwinden 85 Mitglieder der Sicherheitskräfte und 216 weitere Personen die provisorischen Grenzverhaue. Das Bild des über den Stacheldraht springenden Soldaten Conrad Schumann geht um die Welt. Der Westen reagiert nur zögernd: Die West-

alliierten benötigen drei Tage für einen förmlichen Protest in Moskau. Bundeskanzler Konrad Adenauer kommt erst nach zwei Wochen nach Berlin.

An der Berliner Mauer sterben bis zum Ende der DDR mindestens 133 Menschen, davon 98 Flüchtlinge, aber auch acht DDR-Grenzsoldaten. 43 weitere Personen kommen nach Angaben der Bundesregierung während oder nach Kontrollen an Berliner Grenzübergängen ums Leben.

ZITATE Sparen kommt später

Wir alle sind – das sage ich ganz kritisch und auch selbstkritisch – an dem Vertrauensverlust, den wir erlitten haben, selbst schuld. Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir sollten den Bürgern mehr zutrauen. Wir sollten ihnen zutrauen, die Wahrheit auszuhalten, die zum Beispiel nach dieser Krise heißt, dass diese Krise auch bezahlt werden muss.

Hans Eichel (SPD)

Der normale Arbeitnehmer in unserem Land, der Facharbeiter, die Krankenschwester und der Handwerker, hat das Gefühl, dass wir uns schwerpunktmäßig zu viel mit denen beschäftigen, die Transferleistungen empfangen, und zu wenig mit denen, die den Karren aus dem Dreck ziehen sollen. Steuerliche Maßnahmen müssen durchgeführt werden, um auch deutlich zu machen, dass diese Menschen im Mittelpunkt der Politik in der nächsten Legislaturperiode stehen.

Laurenz Meyer (CDU/CSU)

Die starke Tante Schorlemmer

In der Hauptstadt-Vertretung des Landes Brandenburg verneigen sich die Schauspieler des Fontane-Ensembles Berlin vor den applaudierenden Zuschauern. Den Beifall haben sie sich mit der Lesung von Szenen aus „Vor dem Sturm“ verdient, dem 1878 erschienenen ersten Roman des wohl bekanntesten märkischen Schriftstellers. Zu den Mitgliedern des Ensembles gehört auch eine zierliche ältere Dame. Inken Schwarzmann, 74, hat die unentwegt mit vier großen Holznadeln strickende Tante Schorlemmer verkörpert, eine der starken Frauen in diesem Werk Theodor Fontanes.

Auch im wirklichen Leben spielte Inken Schwarzmann eine starke Rolle. Die in Berlin geborene Tochter eines Großkaufmanns ging nach dem zweiten juristischen Staatsexamen zur Justiz und „blieb schließlich in Moabit hängen“, wie sie es ausdrückt. 1979 wurde

„So ein Fall beschäftigt einen ein Leben lang.“

Inken Schwarzmann

sie Vorsitzende einer Großen Strafkammer. Vor ihren Richtertisch wurden Einbrecher, Vergewaltiger, Totschläger und Mörder geführt, auch Mitglieder einer Mafia. Ihr beherrzter Verhandlungsstil trug ihr damals die Schlagzeile einer Boulevardzeitung ein: „Inken Schwarz-

mann allein gegen die Mafia“. Besonders nahe geht ihr heute noch die Verhandlung gegen einen Mörder, den sie zu lebenslanger Haft verurteilte. „Das war ein richtiger Killer, so was hat man selten.“ Dieser Mann habe drei Menschen völlig sinnlos nacheinander umgebracht. Die Empörung ist ihr noch heute anzuhören, wenn sie die Einzelheiten schildert. „So ein Fall beschäftigt einen das Leben lang.“

Inken Schwarzmann galt als Frau der harten Urteile. Sie bestätigt das. Bei einem Betrug hätte sie durchaus mal Milde walten lassen, aber wenn ein Täter auf einen schon am Boden Liegenden mit Füßen eingetreten hat, da habe ihre Kammer schon schärfer geurteilt. „Wir vertraten nicht die Linie: Der arme Mann ist als Kind über den Nuckel gestolpert und muss jetzt milde bestraft werden.“ Sie seien schon streng gewesen, doch merkwürdigerweise sei es sehr oft vorgekommen, dass Angeklagte erklärten: „Wenn das, was sie mir jetzt sagen, mir früher mal ein Jugendrichter gesagt hätte, dann stünde ich jetzt nicht hier.“

Einen Ausgleich für den täglichen Umgang mit dem Verbrechen hatte die vierfache Großmutter bereits vor ihrer Pensionierung im Jahr 2000 beim Fontane-Ensemble gefunden. Schon als Kind spielte sie gern Theater. Einmal durfte sie in einem Film mit Curd Jürgens eine winzige Rolle spielen, als eines von Blumen streuenden Kindern. „Ich erinnere mich noch gut. Wir hatten so schöne Kleider an ...“

www.fontane-ensemble-berlin.de

Wir haben in diesem Land ein Minus von 438 Milliarden Euro. Mindestens genauso stark wie das Minus ist die Politikverdrossenheit in diesem Land gestiegen, weil man nicht erkennen kann, dass in Zeiten der Krise die Politik – Sie haben es nicht gemacht – sich ein Herz nimmt und sagt: Wir bestimmen jetzt, wie Gemeinwohlorientierung und Generationengerechtigkeit in Gesetze gegossen werden. – Frau Merkel, wie kann man hier über soziale Marktwirtschaft reden, sich gleichzeitig aber dazu treiben lassen, trotz dieses Minus von 438 Milliarden Euro Steuererleichterungen für Besserverdienende zu versprechen?

Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen)

TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

Ab 6. August bis 10. September

Paul Wallot – Architekt des Reichstages

Ausstellung über den aus Oppenheim stammenden Baumeister.

Landesvertretung Rheinland-Pfalz,

In den Ministergärten 6

Täglich (auch am Wochenende) von 10 bis 20 Uhr

Eintritt frei

13. August, 19 Uhr

Das teuerste Flugblatt der Welt – Konzert und Lesung mit Rainer Schottländer, Physiker und Musiker aus Berlin Schottländer berichtet, wie die Stasi 1969 trotz eines gewaltigen Aufwands ihn und einen Freund als Urheber eines Flugblattes, das die Pflichtvorlesungen Marxismus-Leninismus kritisiert hatte, nicht fand.

DDR-Museum, Besucherzentrum,

Karl-Liebknecht-Str. 1

24. August, 19 Uhr

Durchbruch für die Freiheit – Das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 in Sopron, bei dem 661 Bürger der DDR über die Grenze nach Österreich flohen Der Beitrag Ungarns zur Wiedervereinigung Deutschlands und Europas. Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Verein von Mitgliedern der ehemaligen Volkskammerfraktion CDU/DA, u. a. mit Dr. Sándor Peisch, Botschafter der Republik Ungarn, und Dr. Rudolf Seiters, Bundesminister a. D., 1989 Chef des Bundeskanzleramtes.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

Anmeldung erforderlich, anmeldung-berlin@kas.de

27. August, 18 Uhr

Reihe Kino der Wünsche: „Jakob der Lügner“ Verfilmung des gleichnamigen Romans von Jurek Becker; ein komisch-tragischer, absurd-trauriger Film über das Leben des polnischen Juden Jakob Heym in einem Ghetto 1944. Regie: Frank Beyer, DEFA 1974. Der Film wurde – als erster und einziger der DDR – für den Oscar in der Kategorie Bester ausländischer Film nominiert.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal,

Franz-Mehring-Platz 1

Eintritt 4 Euro, ermäßigt 2 Euro

Bis 30. August

Das Jahr 1989. Bilder einer Zeitenwende Im Spannungsfeld zwischen dem „Wir wollen raus“ der Ausreisewilligen und dem „Wir bleiben hier“ derjenigen, die auf eine Reform der DDR hofften, dokumentiert die Fotoausstellung die dramatischen Ereignisse und bewegenden Momente vom Zusammenbruch der DDR.

Deutsches Historisches Museum in Berlin, Pei-Bau, Hinter dem Gießhaus 3

Täglich 10 bis 18 Uhr

Tageskarte für alle Ausstellungen 5 Euro, Jugendliche unter 18 Jahren frei



NOTBREMSE

Missbrauch strafbar

ke

Bundeshaushalt

Tief in der Schuld

Noch nie war die Bundesrepublik Deutschland so hoch verschuldet wie heute. Mit einer Schuldenbremse versucht die Politik, das Problem immer neuer Kredite in den Griff zu bekommen. Zugleich stehen Bundestag und Regierung in der Verantwortung, die Folgen der Finanzkrise abzufedern – und dafür notfalls Milliardenbeträge bereitzustellen.

Aus der Traum. Peer Steinbrück hatte womöglich die stille Hoffnung, als erster Bundesfinanzminister seit vierzig Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Die tiefe Rezession hat einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Nun ist der SPD-Politiker sogar Schuldenkönig.

Den Negativrekord hielt bisher Theo Waigel (CSU), der 1996 umgerechnet 40 Milliarden Euro neue Schulden machte. Nun plant der Bund für kommendes Jahr mit gut dem Doppelten. Hinzu kommen neue Schulden für die Bankenrettung und zur Konjunkturbelebung, die über Nebenetats finanziert werden. Daher gilt 2010 ein Gesamtdefizit des Bundes von mehr als 100 Milliarden Euro als wahrscheinlich.

Auch in der Folge bleiben die Lücken im Haushalt groß. Nach der aktuellen Finanzplanung fehlen bis 2013 insgesamt 300 Milliarden Euro. Die Zahl sagt schon alles über die Probleme, vor denen der Bundestag und die nächste Regierung stehen werden. Dagegen wirken die eingeplanten „globalen Minderausgaben“ von fast 37 Milliarden Euro fast wie „Peanuts“. Zu diesem Instrument der Minderausgaben greift der Finanzminister immer dann, wenn er nicht weiß oder nicht sagen will, wie er den Haushalt ausgleichen will. So sind globale Minderausgaben pauschale Kürzungen im Etat, ohne dass klar ist, wo und wie das geschehen soll. Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD halten sich vor der Wahl in dieser Frage mit einer klaren Antwort



Foto: Marc Darchinger

Alexander Bonde
(Bündnis 90/
Die Grünen)

zurück. Die nächste Regierung wird das nicht können. Ende Mai hat der Deutsche Bundestag grünes Licht für die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz gegeben. Die neue Schuldengrenze wird die Regierung zwingen, das Defizit stetig zu verkleinern. So darf der Bund schon in wenigen Jahren kaum noch neue Schulden machen, den Ländern ist es dann sogar ganz verboten.

Blankoscheck für Schulden

Lange wollte man die Schulden ganz bewusst künftigen Steuerzahlern aufhalten. Schließlich profitierten sie auch von den Schulen, Straßen, Museen, die vor ihrer Zeit gebaut wurden, hieß das Argument. Daher war es Bund und Ländern erlaubt, sich jeweils so stark zu verschulden, wie sie im Gegenzug investieren. Doch auch der beste Asphalt wird

„Leider haben zukünftige Generationen nicht die Möglichkeit, dieses Erbe auszuschlagen.“

Alexander Bonde
(Bündnis 90/Die Grünen)

irgendwann löchrig, der Beton von Brücken mürbe, ein einstmaliges modernes Gebäude zum Sanierungsfall. Deshalb wurde in den vergangenen Jahren immer deutlicher, dass dieses Konzept die nachfolgende Generation benachteiligt. Hinzu kam, dass eine Ausnahmeregel der Regierung erlaubte, mehr Kredite aufzunehmen, wenn das ihrer Ansicht nach zur Abwehr einer gesamtwirtschaftlichen Störung notwendig war. Das war ein Blankoscheck, der nur zu gern gezogen wurde. So hat die alte Kreditobergrenze dazu beigetragen, dass die Verschuldung in Deutschland seit vier Jahrzehnten nur eine Richtung kennt: nach oben.

Die Last der Vergangenheit ist nicht nur riesig geworden, sondern wächst auch derzeit schneller denn je. Allein die Verschuldung des Bundes wird von heute rund einer Billion Euro um knapp ein Drittel zunehmen. Hinzu kommen die Schulden der Länder. Insgesamt ist der deutsche Staat derzeit mit etwa 1,6 Billionen Euro verschuldet. Umgerechnet auf jeden Deutschen vom Baby bis zum Greis sind das fast 20.000 Euro. Allein der Bund wird im Jahr 2010 die Schuldenlast, die auf jeden Bürger entfällt, um etwa 1.200 Euro erhöhen.

Die Opposition im Bundestag wirft der Großen Koalition vor, mit ihrem Konsolidierungsversprechen gescheitert zu sein. „Peer Steinbrück ist nicht nur der Rekord-Schuldenmacher, er ist auch derjenige, der der zukünftigen Generation ihre politischen Gestaltungschancen nimmt“,

urteilt die Obfrau der FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss, Ulrike Flach. Die Parlamentarier der nächsten Generation könnten durch die hohen Zinskosten gar nicht mehr abwägen, ob sie mehr für den Umweltschutz oder die Bildung ausgeben wollten. „Das Geld dafür wird nicht da sein.“

Tatsächlich steigt der Aufwand für Schuldentilgung und Zinsen rasant. Er ist heute mit 42 Milliarden Euro schon der zweitgrößte Etatposten. Mit den erwarteten fast 55 Milliarden Euro im Jahr 2013 wird er dann etwa doppelt so groß wie der Verkehrsetat sein. Allein das zeigt schon, wie die Vergangenheit die Zukunft einschnürt.

Die Linksfraktion spricht bildhaft von einer tickenden Zeitbombe. „Die Bundesregierung nimmt gigantische Schulden auf, ohne zu sagen, wer diese Schulden bezahlen soll“, kritisiert Gesine Löttsch von der Fraktion Die Linke. Sie warnt vor einer abermaligen Mehrwertsteuererhöhung. „Die hohen, nicht aufgeschlüsselten Sparvorgaben (globale Minderausgaben) bezüglich



der einzelnen Etatposten in den Ministerien sind eindeutig versteckte Steuererhöhungen.“ Die Grünen sprechen nüchtern von einem Offenbarungseid.

„Parlamentarier der nächsten Generation werden durch hohe Zinsen gar nicht mehr abwägen können, ob Umweltschutz oder Bildungsmaßnahmen finanziert werden sollen.“

Ulrike Flach (FDP)

„Leider haben zukünftige Generationen nicht die Möglichkeit, dieses Erbe auszuschlagen“, kritisiert der haushaltspolitische Sprecher Alexander Bonde.

Den SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider treiben die hohen Defizite ebenfalls um. Er kündigte einen erneuten Kurswechsel für die nächsten Jahre an. „In der nächsten Wahlperiode müssen auch alle Ausgaben wieder auf den Prüfstand.“

Doch erst einmal steigt die Neuverschuldung sprunghaft. Es ist eine Folge des größten Einbruchs in der Wirtschaftstätigkeit, den es je in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Die Regierung schätzt, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung dieses Jahr um sechs Prozent sinken wird, für nächstes Jahr wird nur ein kleines Plus erwartet. Wo weniger erwirtschaftet und verdient wird, gibt es weniger zu versteuern. Dem Staat fehlen die Einnahmen. Nach der Mai-Steuerschätzung muss der Bund von 2009 bis 2012 mit Steuerausfällen von mehr als 150 Milliarden Euro rechnen.

Hinzu kommt: Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, ist dies mit höheren Ausgaben für den Staat verbunden. Für die Grundsicherung für Arbeitssuchende

(„Hartz IV“) sind nun 41 Milliarden Euro vorgesehen, zusätzlich erhält die Bundesagentur für Arbeit ein Darlehen von 20 Milliarden Euro. Größter Einzelposten bleibt der Zuschuss an die Rentenversicherung mit fast 81 Milliarden Euro.

Schuldenbremse

Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD haben sich dafür entschieden, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben hinzunehmen, um den Abschwung nicht zu verschärfen. Man müsse diese „automatischen Stabilisatoren“ – dazu gehört zum Beispiel das Arbeitslosengeld – in der Krise wirken lassen, auch wenn damit das Defizit steigt, argumentiert beispielsweise der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Steffen Kampeter.

„Ein desaströser Sparkurs wäre keine Alternative“, sagt Kampeter. Allerdings müsse Deutschland rasch zum Konsolidierungskurs zurückkehren.



Foto: picture-alliance/Steffen Kugler

Ulrike Flach (FDP)



Foto: Jens Schicke

Carsten Schneider
(SPD)

Zusätzlich versuchen die Koalitionsparteien, mit rund 80 Milliarden Euro die Wirtschaft zu beflügeln. Diese Konjunkturpakete erhöhen ebenfalls die Neuverschuldung. Kurz vor Ende der Legislaturperiode hat der Bundestag die neue, strengere Schuldenregel im Grundgesetz verankert. Danach dürfen die Länder vom Jahr 2020 an in normalen Zeiten keine Kredite mehr aufnehmen. Der Bund darf sich vom Jahr 2016 an nur noch mit 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschulden, wenn man von konjunkturellen Sondersituationen und Notlagen absieht. Die neue Regel wirkt sofort, so ist der Bund verpflichtet, bis dahin die „strukturelle Verschuldung“ in gleichen Schritten zu senken.

Das Finanzministerium beziffert die Verschuldung auf knapp 40 Milliarden Euro im Jahr 2010 – wenn man die krisenbedingten der konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben ausklammert. Das sind

„Die Bundesregierung nimmt gigantische Schulden auf, ohne zu sagen, wer sie bezahlen soll.“

Gesine Löttsch (Die Linke)

etwa 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Lücke ist jedes Jahr um 0,2 Prozentpunkte zu senken, damit die

„In der nächsten Wahlperiode müssen auch alle Ausgaben wieder auf den Prüfstand.“

Carsten Schneider (SPD)

neue Norm 2016 eingehalten wird. Die neue Schuldenregel zeigt, was dazu noch

zu tun ist: 2011 fehlen 4,9 Milliarden Euro; 2012 steigt der Handlungsbedarf auf 11,1 Milliarden Euro, und 2013 beträgt er sogar 18,5 Milliarden Euro.

Wie die Lücke geschlossen werden soll, ist die Preisfrage und berührt den Wahlkampf der Parteien. Finanzminister Steinbrück lässt die Frage ausdrücklich offen. „Ich schließe alles ein, und ich schließe alles aus.“ Der Finanzminister lehnte sowohl Steuererhöhungen als auch Steuersenkungen bis 2011 ab. Er stellte sich damit gegen Stimmen aus CDU und CSU, aber auch von Finanzwissenschaftlern, die eine Mehrwertsteuererhöhung ins Spiel gebracht hatten. Bundeskanzlerin Merkel hat



Foto: vario images/Torsten Leukert

Gesine Löttsch
(Die Linke)

ihre Seite ausgeschlossen, dass es mit ihren Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode geben wird.

Steinbrück kritisierte die Versprechen von Union und FDP als ungläubwürdig, die Einkommensteuer zusätzlich zu senken, also zum Beispiel über die vom Bundesverfassungsgericht verlangte und jüngst vom Bundestag beschlossene stärkere Berücksichtigung der Krankenversicherungsbeiträge hinaus. Die SPD will zwar ebenfalls Geringverdiener entlasten, sich dies aber bei den „Reichen“ zurückholen. Zuspruch erhielten CDU, CSU und FDP von Bundespräsident Horst Köhler. Steuersenkungen seien möglich, wenn es wieder Wirtschaftswachstum und damit höhere Staatseinnahmen gebe, sagte Köhler. Die Regierung rechnet schon bald wieder mit einem durchschnittlichen Wachstum von rund zwei Prozent, gemessen an den Ergebnissen der vergangenen Jahre ist das recht viel. Allerdings entlassen Mehreinnahmen einer wieder anspringenden Konjunktur die zukünftige Regierung nicht aus ihrer Verpflichtung, das strukturelle Defizit zu senken.

Für den öffentlichen Haushalt bleibt die Frage entscheidend, wie Deutschland aus der Bankenkrise kommt. Springt das Wachstum zügig wieder an, werden sich die konjunkturbedingten Defizite zurückbilden. Hinzu kommen die riesigen Garantien, mit denen der Bund Banken und Unternehmen in der



Foto: picture-alliance/von Erichsen

Staatsverschuldung

Warten auf den Aufschwung

Wie hoch ist die Verschuldung?

Die Neuverschuldung 2009 liegt bei 48 Milliarden Euro – statt wie ursprünglich geplant bei knapp elf Milliarden Euro. Auslöser für diese höhere Verschuldung ist die Finanzkrise. Mit ihr verbunden sind nicht nur sinkende Steuereinnahmen, der Staat hat auch Mehrausgaben, zum Beispiel für die Rettungsschirme für Wirtschaft und Banken und für das Kurzarbeitergeld. Bis 2013 sollen 310 Milliarden Euro Schulden aufgenommen werden. Gesamtstaatlich, die Länder und Sozialkassen eingeschlossen, beträgt der Schuldenberg derzeit 1,6 Billionen Euro. Das bedeutet, dass jeder Deutsche, vom Neugeborenen bis zum Rentner, mit knapp 20.000 Euro verschuldet ist.

Warum wird jetzt nicht mehr gespart?

Sparen wäre „prozyklisch“ – es würde die Wirtschaftskrise wahrscheinlich noch verstärken. Im Augenblick setzt die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD neben Rettungsschirmen und Konjunkturprogrammen auf die sogenannten automatischen Stabilisatoren. Der Staat nimmt sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben in der Krise hin – in der Hoffnung, dass sich mit einer anspringenden Konjunktur die Kassen wieder füllen.

Ist ein Ende der Verschuldung absehbar?

Bundestag und Bundesrat haben im Frühjahr das Grundgesetz geändert: Der Bund darf sich ab 2016 im Normalfall jährlich nur noch 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt leihen, das sind nach heutigem Stand etwa neun Milliarden Euro. Die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Die Schuldenbremse könnte nur mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder aufgehoben werden. Das bedeutet, dass Haushälter und Finanzminister mittelfristig entweder erheblich sparen – oder die Steuern erhöhen müssen.

Wie soll kurzfristig gespart werden?

In der aktuellen Finanzplanung sind „globale Minderausgaben“ von 37 Milliarden Euro bis 2013 vorgesehen. Der Begriff bezeichnet eine Sparvorgabe im Haushalt, die für alle Ressorts gilt, die aber offenlässt, bei welchen der geplanten Ausgaben letztlich gekürzt wird. Diese Entscheidung muss dann die neue Bundesregierung treffen.

Krise stützt. 400 Milliarden Euro sind an Bürgschaften für Banken vorgesehen, für Eigenkapitalhilfen zugunsten von Finanzinstituten sind bis zu 80 Milliarden Euro eingeplant. Ergänzend haben Banken die Chance bekommen, „toxische“ Papiere auszulagern.

Zudem hat die Regierung den Wirtschaftsfonds Deutschland aufgelegt, über den Kredite bis zu 40 Milliarden Euro und Bürgschaften bis zu 75 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Solange sich die Ausfälle in Grenzen halten, muss der Staat nicht als Verlierer aus der Krise hervorgehen. „Giftmüllabfuhr“ nur gegen volle Gebühr!“, beteuert das Finanzministerium. Aber die Sorge ist da, dass der Staat ungeachtet aller Vorsichtsmaßnahmen auf einmal Hunderte Milliarden Euro mehr Schulden hat. Und wo beginnt die Überforderung des Staates, wann kann er die damit verbundene Last nicht mehr schultern?

Der Bund verschuldet sich nicht nur jedes Jahr zusätzlich, sondern muss auch alte Kredite durch neue ersetzen. Bei einer Bruttokreditaufnahme von 330 Milliarden Euro im Jahr 2010 addieren sich selbst kleine Zinsänderungen zu großen Belastungen. Eine schlechtere Bonitätsstufe wird da schnell teuer. Die Schuldenbremse ist deshalb ein wichtiges Signal an die Kapitalmärkte.

Die Altlast wächst – nicht nur absolut, sondern auch relativ. Für Staaten gilt wie für Individuen: Wer mehr verdient, kann sich eine etwas höhere Verschuldung leisten. Es macht eben einen Unterschied, ob man 20.000 Euro oder 100.000 Euro verdient, wenn man einen Kredit über 10.000 Euro zu tilgen hat. Auf gesamtstaatlicher Ebene schaut man deswegen auch auf die

„Ein desaströser Sparkurs wäre keine Alternative.“

Steffen Kampeter (CDU/CSU)

Schuldenquote. Sie setzt die aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Staates ins Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung. Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums wird sie dieses Jahr nach oben schießen und nächstes Jahr in die Nähe von 80 Prozent rücken. Anschließend verharrt sie in dieser Größenordnung. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat als Obergrenze 60 Prozent definiert. Dass Italien seit Jahren mit einer Quote von mehr als 100 Prozent lebt und Japan

sich dynamisch der Marke von 200 Prozent nähert, ist da nur ein schwacher Trost. Bisher lag Deutschland mit einer Quote von 65 Prozent immerhin in Sichtweite des EU-Referenzwertes.

Die Bundesrepublik bürgt mit ihrem immer noch guten Namen für Banken und Betriebe, die in der Krise sonst schwer an Kredite kommen. Gleichzeitig verschuldet sie sich stärker denn je. Der größte Teil der Kreditaufnahme geschieht durch die Ausgabe von Bundeswertpapieren. Über 80 Prozent entfällt auf Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen, die vor allem von inländischen und ausländischen Banken, Versicherungen und Investmentfonds gehalten werden. Der kleinere Teil des Defizits wird von privaten Sparern finanziert.

Man dreht sich also im Kreis: Der Staat nimmt Kredite auf, um die Banken zu entlasten, und ist auf die Finanzwirtschaft angewiesen, die seinen Kapitalbedarf decken muss. Das funktioniert, weil die Bürger viel sparen und ihr Geld weiterhin zur Bank tragen – nicht zuletzt weil der Staat versprochen hat, diese zu stützen. Das Ganze kann nur funktionieren, solange der Staat seinen guten Ruf als Schuldner nicht verliert. Die nächste Regierung wird daher nicht darum herumkommen, den Haushalt weiter zu sanieren.

Manfred Schäfers ■

Steffen Kampeter
(CDU/CSU)

Foto: Ipon/Stefan Boness





Gunther Krichbaum – Vorsitzender des Europaausschusses

„Stärkere Beteiligung des Parlaments“

Ein Gespräch mit Gunther Krichbaum (CDU/CSU), Vorsitzender des Europaausschusses, über das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Hat Sie das Karlsruher „Ja, aber“-Urteil zum Lissabon-Vertrag überrascht?

Nein, nach der Verhandlungsführung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) war allen Beteiligten klar, dass das Gericht Leitplanken für eine stärkere Beteiligung des Bundestages in europapolitischen Entscheidungen einziehen würde.

Was bedeutet das für die Arbeit des Bundestages?

Ihm kommt eine noch wichtigere Rolle bei europapolitischen Entscheidungen zu. Wir dürfen nicht übersehen, dass die Außen- und Europapolitik traditionell eher regierungsgeprägt ist. Der Bundestag hat hier bereits seit dem Maastricht-Urteil 1992 seine Beteiligungsrechte stetig ausgebaut. So kam es vor zwei Jahren zu einer Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung, wonach dem Parlament bei vielen Entscheidungen ein stärkeres Gewicht zukommt. Das Urteil wirkt auf diesem Weg wie ein Katalysator. Mit den Vorgaben des Urteils gelangen wir bereits heute an einen Punkt, an dem wir ansonsten erst in vier bis fünf Jahren angelangt wären.

Wo muss der Bundestag im Kern gesetzlich nachsteuern?

Das Gericht macht sehr präzise Vorgaben, an die wir uns eng halten sollten. So verlangt es eine ausdrückliche Zustimmung durch Gesetz beim vereinfachten Vertragsänderungsverfahren und bei den allgemeinen und einigen speziellen Brückenklauseln sowie der Flexibilitätsklausel. Neu ist auch, dass die Bundesregierung in einigen eng umgrenzten Bereichen im Rat nur nach Weisung des Parlaments handeln kann, beispielsweise bei Mindestvorschriften im Strafrecht.

Bekommt der Bundestag das trotz der Sommerpause vor dem Irland-Referendum hin?

Ja, denn das ist im Sinne Deutschlands und seiner Rolle in Europa. Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass in den anderen Mitgliedsstaaten sehr genau auf das geschaut wird, was wir jetzt tun.

Kritiker monieren, dass Europa nicht so zusammengewachsen wäre, wenn die Verfassungsrichter so bereits vor Jahrzehnten entschieden hätten ...

Man sollte den Tenor des Urteils nicht missverstehen: Das Gericht hat ausdrücklich klargestellt, dass die Europafreundlichkeit einen Verfassungsauftrag darstellt. Gleichzeitig haben wir es aber mit einem Spannungsfeld zu tun, das das Gericht mit dem Urteil ein Stück weit auflösen möchte. Eine vertiefende Integration soll nicht zum Verlust an parlamentarischer Mitbestimmung führen, sondern vielmehr bedingt das eine das andere. Wichtig ist, dass nun die Vorgaben des Urteils 1:1 umgesetzt werden und nicht überzogene Forderungen zu einer Lähmung der Bundesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel führen. Das Gewicht Deutschlands darf nicht geschwächt werden. Gerade dies liegt auch im Interesse des Parlaments.

Wie lässt sich die Rückbindung der Regierung ans Parlament denn pragmatisch regeln?

Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass dem Europaausschuss hier eine größere Bedeutung zukommt, weil er als einziger Bundestagsausschuss ermächtigt werden kann, plenar ersetzende Beschlüsse zu fassen.

Interview Gregor Mayntz

Zur Person: Gunther Krichbaum (CDU/CSU), Jahrgang 1964, ist seit 2007 Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.



Interparlamentarisches Patenschafts-Programm

Schalom, Deutschland!

Jedes Jahr besuchen 120 ausländische Stipendiaten den Bundestag. 2009 kamen erstmals auch israelische Studenten, um im Parlament zu arbeiten. Vier junge Israelis und ihre Geschichten.



Foto: DBT/Werner Schüring

**Michael Rimmel,
Yoav Sapir, Radmila
Abramov und David
Cahn (v.l.n.r.) sind
die ersten israeli-
schen Teilnehmer**

Die deutsche Parteienlandschaft ist kaum wiederzuerkennen. Das liegt daran, dass sie von 120 jungen Leuten aus 28 Ländern aufgefrischt wird. Beim Abschlussabend der Bundestagsstipendiaten an der Technischen Universität Berlin führen die Teilnehmer den Abgeordneten und Botschaftern kurze Sketche vor. Soeben trägt der Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“, ein stimmgewaltiger Osteuropäer mit rotem Schal, sein Anliegen vor: „Currywurst für alle.“ Dann sind die Liberalen dran, repräsentiert vom Israeli David Cahn, der in schweizerischem Akzent die Steuerfreiheit für den Anbau von „Rübli“ fordert. Die

Bundestagsmitarbeiter sind amüsiert, manche summen leise mit, als ein Grüppchen auf der Bühne trällert: „Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Wirtschaft nicht.“ Danach jodelt die Partei „Süd und Gut“, und „Bündnis 90/Die Grünen“ werben für Umweltschutz. Im Lichthof der Universität haben die Stipendiaten Infostände aufgebaut. Eine Aserbajdschanerin im Trachtenkostüm verteilt Gebäck, eine Ukrainerin schneidet Salami in Scheiben. Diesmal gibt es zum ersten Mal auch einen israelischen Stand. Dort bietet Radmila Abramov, 28 Jahre alt, Fähnchen, Landkarten und Broschüren an. „Gekocht habe ich nichts“, sagt die junge Frau mit den di-

cken schwarzen Locken entschuldigend. Sie trägt eine kleine Brille, ihr Akzent verrät ihre Herkunft.

Der Klang des Deutschen

Radmila ist im russischen Derbent geboren, einer fünftausend Jahre alten Stadt am Kaspischen Meer, deren Zitadellen, Kirchen und Moscheen vom Wechsel der Geschichte künden. Während ihrer Kindheit war Derbent noch ein Urlaubsparadies der Sowjets. Dort leben Juden, Christen und Muslime halbwegs friedlich nebeneinander. Radmila war die einzige Jüdin in ihrer Schulklasse und hoch motiviert, es allen zu zeigen. Ihre



Fotos: DBT/Werner Schüring



Eltern, eine Geschichtslehrerin und ein Ingenieur, erteilten ihr Extraunterricht. Mit der deutsche Sprache war sie schon zu Sowjetzeiten in Kontakt gekommen: Ihre Mutter hatte eine Brieffreundin in der DDR, im Rahmen eines deutsch-sowjetischen Austauschprogramms. Sie hatte russische Freunde und fühlte sich integriert. Nur einmal erkundigte sich ein Nachbarskind, ob die Juden das Brot zum Passahfest wirklich mit Blut backten. Wenngleich die Mutter sich in Russland wohlfühlte, sehnte sich der Vater immer nach Israel. Als dann mit dem Fall des Eisernen Vorhangs auch der Weg in das Heilige Land frei wurde, plante die Familie ihre Auswanderung. Als Fünfzehnjährige kam Radmila vom Kaspischen Meer ans Mittelmeer, in die Stadt Netanya. Sie saugte die hebräische Sprache auf, beherrschte sie nach kurzer Zeit, studierte Internationale Beziehungen in Jerusalem. Und weil sie den Klang des Deutschen mochte, lernte sie diese Sprache eben auch noch.

Austauschprogramme brachten Radmila nach Zürich, Wien, Heidelberg und Dresden. „Gerade Dresden hat mich ein bisschen an den früheren Ostblock erinnert: die Architektur, die Mentalität, die Spezialisierung auf technische Berufe.“ Zudem absolvierte sie ein Praktikum beim Europaparlament in Brüssel. Zurück in Israel bewarb sie sich beim IPS-Programm des Deutschen Bundestages. Sie überzeugte Gerda Hasselfeldt im Gespräch – die Vizebundestagspräsidentin setzte sie in ihrem Büro ein. Das war im März. Seitdem beschäftigt sich Radmila mit innen- und außenpolitischen Themen und begleitet Frau Hasselfeldt in den Wahlkreis und

auf Reisen. Und sie lernt auch ganz exotische Dinge kennen, wie den altchinesischen Frauenverband oder die afrikanische Tafelrunde. Später einmal will Radmila in der europäischen Politik arbeiten.

Der Himmel über Jerusalem

Ihr Mitstipendiat Yoav Sapir dagegen sieht sich eher in der Rolle eines jüdischen Intellektuellen. Derzeit macht der schmale 29-Jährige eine Rabbinerausbildung in Heidelberg. Eigentlich war Religion in seinem Elternhaus nur ein Thema unter vielen. Yoavs Vater wurde im Zweiten Weltkrieg auf der Flucht nach Asien geboren. Alle Familienmitglieder, die den Holocaust überlebten, wanderten nach Israel aus. Doch ihr Schiff wurde wie zahlreiche andere von der britischen Armee abgefangen, die Insassen wurden drei Jahre lang in einem Lager auf Zypern festgehalten. Schließlich kamen sie zu viert in Haifa an. Yoavs Vater heiratete später eine Jüdin, die aus

Ostgalizien stammt, einem Landstrich in der heutigen Ukraine. Er reiste oft nach Deutschland und beschäftigte sich intensiv mit der deutschen Geschichte. Das färbte auch auf den Sohn ab. Yoav verschlang Literatur über Deutschland, für ihn ein „Faszinosum“. Im Alltag war das „Dritte Reich“ ebenso präsent wie das Gedudel von Modern Talking. Wie Radmila zog es auch Yoav zum Studium nach Jerusalem. Die Heilige Stadt überwältigte ihn: „Sie fordert den Menschen intellektuell und psychisch heraus und bringt ihn an seine Grenzen.“ Ein altes Sprichwort besagt, dass der Himmel in Jerusalem tiefer liegt, was gleichzeitig für eine gewisse Enge, aber auch für eine Nähe zu Gott steht. „In Jerusalem kommt man nicht um Gott herum.“ In seiner Magisterarbeit befasste er sich mit dem Bild des Juden im DDR-Spielfilm. Er fand heraus, dass in dem Arbeiter- und Bauernstaat trotz eines scharfen Antizionismus zahlreiche Filme mit jüdischer Thematik gedreht und ausgestrahlt wurden. „Juden wurden als

David Cahn und Michael Rimmel (oben), Radmila Abramov und Yoav Sapir



ganz gewöhnliche Menschen dargestellt, denen ihre angebliche Andersartigkeit erst von den Nazis aufgezwungen wurde.“ Als Student ging Yoav auf eine Studienreise, die sich mit jüdischem Leben in Deutschland beschäftigte: „Ich habe zwei Wochen lang Friedhöfe besucht.“ Das jüdische Leben in Deutschland hält er für ziemlich leblos. Besonders vermisst er eine bildungsbürgerliche Schicht, wie es sie vor dem Holocaust gab. Yoav setzt sich mit jüdisch-deutschen Themen auseinander, schreibt in einem Blog darüber (www.chronologs.de/yoavsapir). Seit März ist er als Stipendiat im Büro des grünen Abgeordneten Jerzy Montag, dort bereitet er unter anderem Fachgespräche vor. In einer kleineren Fraktion zu arbeiten, findet er vorteilhaft, ein Abgeordneter hat dort mehr Aufgaben. Und er weiß es zu schätzen, dass eine Opposition im Parlament Einfluss ausüben kann, etwa wenn sie bei Ausschussanhörungen kritische Fragen stellt. Er vermisst jedoch große, bahnbrechende Entscheidungen und Visionen. Seine Rabbinerausbildung läuft seit 2007. Er suchte damals eine intellektuelle Herausforderung. „Man muss als Theologe ja nicht unbedingt in einer Gemeinde arbeiten“, erklärt er. Neben dem jüdischen Leben fehlte in der Bundesrepublik auch jüdisches Denken. „Deutsche Denker haben kaum jüdische Ansprechpartner.“ Ein solcher will er werden, ein wandernder jüdischer Intellektueller.

Natürlich werden sich viele Stipendiaten an einer Karriere in der Politik versuchen. Die Investition in den Nachwuchs ist also gleichzeitig ein diplomatischer Akt. So sieht das Michael Rimmel, der im Büro des Bundestagspräsidenten

Norbert Lammert arbeitet. Der Sohn deutschstämmiger Juden ist in Haifa aufgewachsen. Michaels Großvater und Vater waren nach dem Zweiten Weltkrieg in die nordisraelische Hafenstadt übersiedelt. Der Großvater, der als Soldat im Ersten Weltkrieg gedient hatte, blieb seinem Heimatland immer verbunden. In Israel angekommen, eröffnete er einen Buchladen. Die deutsche Sprache war in den Anfangsjahren nach der israelischen Staatsgründung verpönt. Doch nach und nach verkaufte Michaels Großvater immer mehr deutsche Literatur und Zeitungen, saß im Buchladen und las seinen „Spiegel“. „Die Menschen wollten wieder wissen, was in Deutschland passiert“, erklärt Michael.

Freunde fürs Leben

Nach dem Abitur in Haifa absolvierte Michael seinen Grundwehrdienst, zu dem Männer wie Frauen in Israel verpflichtet sind. Er war Fallschirmspringer und Ausbilder. Zu diesen drei Jahren, in denen er ungefähr vierhundert Mal aus Flugzeugen gesprungen ist, hat er ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits war es die intensivste Zeit seines Lebens, seine engsten Freunde fand er bei der Armee. „Man kennt sich in- und auswendig, weil man immer zusammen ist.“ Andererseits plagte ihn eine große Freiheitssehnsucht. Danach machte er das, was beinahe alle Israelis nach dem Dienst tun: Abenteuerurlaub. Er bereiste Lateinamerika und die Vereinigten Staaten und genoss die wiedergewonnene Freiheit. Michael findet, dass der Wehrdienst anders geregelt werden müsste, da auch immer weniger Israelis

dazu bereit wären. Die Bezahlung müsste verbessert werden, nach den verlorenen drei Jahren müsste man sofort einen Studienplatz erhalten. Michael hat seinen Bachelor in Politikwissenschaften in Berlin gemacht, nun arbeitet er an seinem Master in Tel Aviv. Er befasst sich mit Friedens- und Konfliktforschung, auch sein eigenes Land betreffend. Was israelische Politik angeht, ist er eher links orientiert, setzt aber dennoch etwas Hoffnung in die neugewählte rechte Regierung unter Benjamin Netanjahu. Er zitiert ein altes Sprichwort: „Linke können Kriege führen, Rechte können Frieden schließen.“ So seien Friedensverhandlungen auch unter rechten Ministerpräsidenten geführt worden, wie etwa Menachem Begin, der 1979 Frieden mit Ägypten machte.

Friedliebend geht es auch beim Stipendiatenabend zu. David Cahn, der Schweizer mit israelischem Pass, steht mit Anzug und Krawatte am Israelisch und übt sich schon mal in den bilateralen Beziehungen. Er verteilt Aufkleber mit einem Kussmund und der Aufschrift „Schalom“. Ihm schwebt eine diplomatische Laufbahn vor. Dass er eben noch auf der Bühne einen FDP-Abgeordneten mimte, war aber Zufall. Eigentlich arbeitet er für die Unionspolitikerin Gitta Connemann. In den vergangenen Monaten hat er viel Büroarbeit erledigt und Ausflüge gemacht, etwa nach Brüssel, wo die Stipendiaten das Europaparlament und das Nato-Hauptquartier besuchten. Davids Zeit in Deutschland endet in wenigen Wochen, wenn die bunte Stipendiatenmischung wieder in ihre Heimat zurückkehrt – zwischen Kaspischem Meer, Ostsee, Mittelmeer und Atlantik.

Lydia Harder ■



Fotos: DBT/Werner Schüring

Das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS)

Der Deutsche Bundestag bietet zusammen mit drei Berliner Universitäten jedes Jahr etwa 120 qualifizierten jungen Menschen aus 28 Ländern Praktika an. Die Stipendiaten arbeiten in Abgeordnetenbüros, wo sie Reden, Artikel und Briefe schreiben und den Wahlkreis ihres Abgeordneten besuchen. Außerdem sind sie für ein Semester als Studenten der Humboldt-Universität eingeschrieben und werden in die politischen Stiftungen eingeführt. Ziel des Programmes ist es, die Beziehungen mit den teilnehmenden Ländern zu fördern.

www.bundestag.de/ips



KEHRAUS

Am 3. Juli wars. Da endete die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause. Nach anstrengenden Monaten fuhren die Abgeordneten in ihre Wahlkreise. Dort warteten andere Anstrengungen auf sie. Nicht nur, weil gewählt wird im September, sondern auch, weil der Wahlkreis Arbeit ist, die zum Regieren gehört.

Erholen dürfen sich die Abgeordneten aber auch. Dass sie ein Bedürfnis nach Ausruhen haben, dessen Befriedigung ihnen gegönnt sein soll, hatte bereits die Weimarer Nationalversammlung festgestellt. Man kann nicht immer nur arbeiten.

Kaum war am 3. Juli der Plenarsaal leer, begann der große und nicht unfröhliche Kehraus. Sichtbares Zeichen, dass nun hier, wo geredet, gedacht, geplant, gestritten, diskutiert und beschlossen wurde, für ein paar Wochen Ruhe einkehrt. Fast.

Aufräumen fängt auch im Deutschen Bundestag damit an, einzusammeln, was nicht mehr gebraucht wird. So als räumte man seinen Schreibtisch auf. Die das tun, haben ihren Spaß dabei. Wie man sieht.

Kathrin Gerlof ■



Soziale Marktwirtschaft

Die sichtbare Hand des Staates

Ob Rettungsschirme für Banken oder Konjunkturpakete für Unternehmen: Um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, nimmt der Staat gewaltige Mittel in die Hand und verschuldet sich dafür. Wie viel Staat verträgt die soziale Marktwirtschaft? Darüber diskutieren im Streitgespräch Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof.

Je stärker die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bürger durchschlagen, desto lauter und intensiver werden die Fragen: Was ist heute sozial? Was ist gerecht? Hat die soziale Marktwirtschaft ausgedient? Darf sich der Staat ins Unendliche verschulden, den milliardenschweren Rettungsschirm nach den Banken auch über alle in Not befindlichen Unternehmen aufspannen? Und die Frage aller Fragen: Leben wir inzwischen auf Kosten unserer Kinder? Engen wir ihre Handlungs- und Verteilungsspielräume unangemessen ein? Denn die nachfolgenden Generationen sind es, die die heutigen Schulden mit immer höheren Steuern abtragen müssen.

Über dieses wichtige Thema diskutieren im BLICKPUNKT BUNDESTAG der Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert und der frühere Bundesverfassungsrichter und Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg, Professor Paul Kirchhof. Das – hier gekürzte – Gespräch wurde zuvor unter der Moderation von Rainer Bonhorst, Chefredakteur der Augsburger Allgemeinen Zeitung, im Bayerischen Rundfunk im Rahmen des „Alpha-Forums Wissenschaft“ ausgestrahlt.

Blickpunkt Bundestag: Herr Präsident, wir haben gerade 60 Jahre Bundesrepublik gefeiert. Versetzen wir uns in die Zeit vor 60 Jahren zurück und führen wir uns die Bilder von damals vor Augen: Da sehen wir Leute in Armut oder ganz bescheidenem Wohlstand, aber auch mit ungeheurer Zuversicht und ungeheurem Tatendrang. Heute wissen wir, dass wir ökonomisch eine ganze Menge gewonnen haben, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir auf dem Weg zu diesem Erfolg auch etwas verloren haben. Sehen Sie das auch so?

Norbert Lammert: Nein, jedenfalls nicht, wenn ich diese beiden Zeitpunkte als Vergleichspunkte heranziehe. Richtig ist, dass wir den 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland in einem wirtschaftlichen und finanziellen Krisenjahr begehen. Aber man muss die Herausforderungen, mit denen wir jetzt zu tun haben, in Relation zu den Herausforderungen setzen, die unmittelbar vor Gründung dieser Republik anzupacken waren. Wenn gelegentlich von der „größten Herausforderung der jüngeren deutschen Geschichte“ geredet wird, dann kann ich nur sagen: Ich kann überhaupt keinen Aspekt erkennen, der offensichtlich nicht zu bewältigen wäre. Ganz im Gegensatz zur damaligen Zeit:

Wenn die Generation unserer Eltern damals gesagt hätte: „Die Lage ist hoffnungslos, es macht keinen Sinn anzufangen“, dann hätte man dafür Verständnis haben müssen. Aber sie hat in einer scheinbar aussichtslosen Situation, als Deutschland ja gleichzeitig militärisch, ökonomisch, politisch und übrigens auch moralisch am Boden lag, die Ärmel hochgekrempt. Daran sollten wir ein Beispiel nehmen.

Blickpunkt: Aber, Herr Kirchhof, wenn wir die Krise heute als eine so ungeheure Herausforderung empfinden, ist das dann nicht ein Hinweis darauf, dass wir im Verlauf dieser 60 Jahre Bundesrepublik doch etwas an Kraft, vielleicht auch an inneren Werten verloren haben, die wir erst wiedergewinnen müssen?

Paul Kirchhof: Man muss sich bewusst machen: Deutschland lag total danieder. In dieser Lage hat sich ein ungeheures Freiheitsvertrauen entwickelt. Man hat eine Verfassung geschrieben, die darauf setzte, dass der einzelne Mensch mithilft, diesen Notstand zu bewältigen. Man glaubte also nicht an den Grundsatz, dass alle Rettung vom Staat ausgehe, sondern man setzte auf die Eigenverantwortlichkeit der Menschen. Das war das beste System, aber auch das riskanteste: Denn es legte den

Aufbau, den Wohlstand, die Kultur, die Sicherung der jungen Demokratie in die Hand der Menschen. Und die sorgen in der Tat dafür, dass Wohlstand und ein demokratischer Staat entstanden. Wenn wir das auf heute projizieren und uns vergegenwärtigen, dass wir in dieser Krise – die ja das Risiko in sich birgt, dass wir von einem sehr hohen Wohlstand allenfalls auf einen mittleren zurückfallen – alle Lösungen im Wesentlichen vom Staat erwarten, dann ist es gut, sich daran zu erinnern, wie es zu Beginn der Bundesrepublik zum Aufbau dieses Wohlstands kam: durch Vertrauen in die Freiheit und Verantwortlichkeit der einzelnen Bürger.

Blickpunkt: Und das haben wir heute nicht mehr?

Lammert: Dass wir es gar nicht mehr hätten, scheint mir übertrieben. Aber dass sich die Neigung zur Zögerlichkeit, manchmal auch zur Resignation, heute schneller einstellt und ausgeprägter ist, als das damals – eigentlich entgegengesetzt zu den wirklichen Verhältnissen – der Fall war, das wird man schwerlich übersehen können.

Blickpunkt: Immerhin stehen wir vor völlig neuen Herausforderungen: Was, Herr Professor Kirchhof, ist heute eigentlich sozial? Was sollte Sozialpolitik

Zur Person: Paul Kirchhof, Jahrgang 1943, ist Verfassungs- und Steuerrechtler und Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und war von 1987 bis 1999 Richter am Bundesverfassungsgericht. Große Aufmerksamkeit erlangte Kirchhof 2005, als er dem Kompetenzteam um Kanzlerkandidatin Angela Merkel angehörte.



Foto: picture-alliance/Jens Büttner

aus der Sicht eines Verfassungsrechtlers heute sein?

Kirchhof: Die wichtigste Frage des Sozialen in der Gegenwart lautet meines Erachtens: Von wem erwarten wir das Soziale? Überwiegend vom Staat oder überwiegend vom freien Bürger? Mit dem Begriff „sozial“ assoziieren wir selbstverständlich sofort „Sozialstaat“ – und damit Staatshaushalt und Staatsgelder. Aber natürlich ist sozial auch, wenn Eltern ihre Kinder gut erziehen. Sie erreichen damit mehr, als jeder Staat erreichen kann. Es ist sozial, wenn Eltern durch ihre Arbeit einen eigenen Lohn verdienen und damit ihre Familie ernähren. Es ist sozial, wenn ein Sportverein den jungen Menschen Fitness und Fairness beibringt. Es ist sozial, wenn ein Mäzen eine Stiftung gründet. Also: Wir müssen uns bewusst machen, dass die Zugehörigkeit jedes Menschen zur staatlichen Gemeinschaft sicherlich Staatsaufgabe ist. In Deutschland wird keiner in Freiheit verhungern, und das meine ich kulturell und nicht nur existenziell. Das ist eine Gewährleistung, der sich der Staat nicht entziehen kann. Aber eine große soziale Chance wäre vertan, wenn unsere Erwartungshaltung sich ausschließlich auf die Leistungen des Staates richten würde. Wir müssen uns immer bewusst machen: Der Staat, und insbesondere der Finanzstaat, kann dem Bürger als Wohltäter nur das geben, was er vorher steuerlich als „Übeltäter“ genommen hat. Und wer vom Staat etwas fordert, fordert im Grunde Steuererhöhungen. Und wer als Repräsentant des Staates von Staats wegen etwas verspricht, verspricht Steuererhöhungen oder muss offen bekennen, welche anderen Aufgaben entfallen sollen.

Blickpunkt: Die Vorstellung, der Staat habe für soziale Gerechtigkeit, für ein soziales Mindestmaß an Einkommen und dergleichen zu sorgen, ist nicht nur bei vielen Bürgern, sondern auch in der Politik stark verbreitet. Auch dort reduziert man das Soziale sehr oft auf das, was der Staat tut ...

Lammert: Was aber wiederum zu der ganz normalen, unvermeidlichen und auch notwendigen politischen Streitkultur gehört, die eine liberale Gesellschaft sich erlauben muss. Denn für

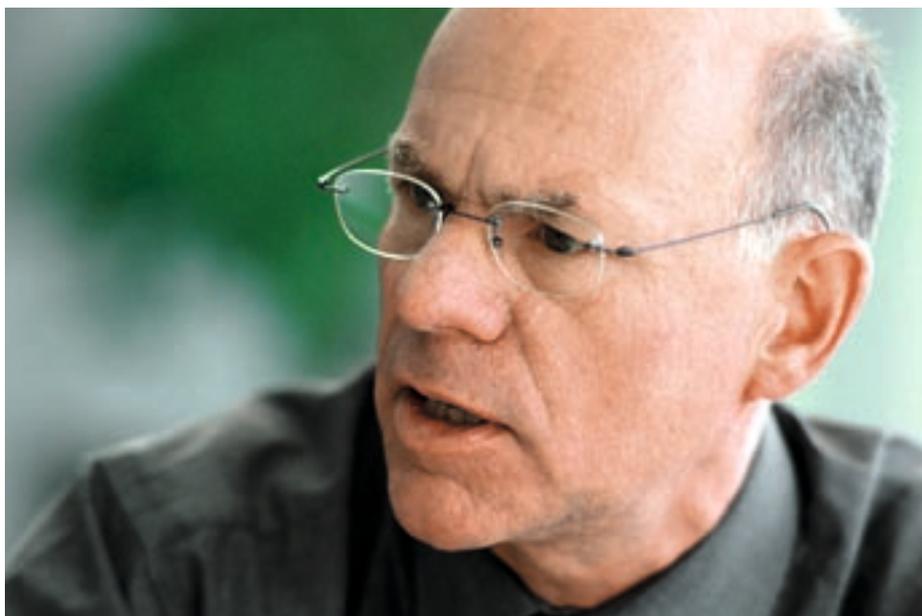


Foto: DBT/studio kohlmeier

diese Frage, wie man das Verhältnis von individueller Verantwortung und staatlicher Fürsorge beziehungsweise Vorsorge austarieren sollte, gibt es ja keine endgültige Antwort. Man muss im Übrigen nur mal die erstaunliche absolute und relative Entwicklung der sozialen Ausgaben

„Der Staat, insbesondere der Finanzstaat, kann dem Bürger als Wohltäter nur das geben, was er vorher steuerlich als ‚Übeltäter‘ genommen hat.“

Paul Kirchhof

in dieser Gesellschaft in den letzten 60 Jahren betrachten. Dann sieht man, wie unterschiedlich die gleiche Gesellschaft zu verschiedenen Zeitpunkten diese Frage beantwortet hat, wenn auch, über die Jahre hinweg, mit einem sehr eindeutigen Trend. Wir haben heute die kuriose Situation, dass die große Mehrheit

der Bevölkerung davon überzeugt ist, dass Sozialpolitik seit Jahren eigentlich nur in Form der Rückführung von Rechtsansprüchen und Leistungszusagen stattgefunden habe, während wir tatsächlich den höchsten Stand staatlicher Sozialleistungen haben, den es nicht nur in den 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland, sondern in der deutschen Geschichte überhaupt jemals gegeben hat.

Blickpunkt: Ist, Herr Kirchhof, der Versuch des Staates, jedes Problem individuell zu lösen, der richtige Weg? Oder wäre es nicht besser, den Mut zu einem einfacheren Steuerrecht zu haben, um damit den Bürgern das Gefühl zu geben, dass es in unserem Staat gerecht zugeht, weil jeder es versteht. Wäre das unter dem Strich nicht tatsächlich sozial gerechter?

Kirchhof: Mit der Überdifferenzierung einer vermeintlichen Individualgerechtigkeit haben wir gegenwärtig ein Steuerrecht, das kein Mensch in Deutschland mehr voll versteht. Dadurch ist das gemeinsame Rechtsbewusstsein für das, was sich rechtlich im Steuerrecht gehört, verloren gegangen. Das Kernanliegen aller Bemühungen um eine Verbesserung des Steuerrechts muss sein, einfache und klare Grundsatzwertungen zu entwickeln, die jedermann sagen, was dieser Staat unausweichlich von seinem Bürger erwartet. Ich bin immer beunruhigt, fast erschüttert, wenn ich sehe, dass wirtschaftlich erfolgreiche Menschen in Deutschland, die niemals auf die Idee kämen, eine

Zur Person: Norbert Lammert, Jahrgang 1948, ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, dem er seit 1980 als Abgeordneter der CDU/CSU angehört. Der promovierte Sozialwissenschaftler war unter anderem Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft und im Ministerium für Wirtschaft.



Foto: DBT/studio kohlmeier

Bank zu überfallen, zu einer Steuerhinterziehung bereit sind. Es ist doch schlechthin unverständlich, dass wir hier so unterschiedliche Wertungen haben. Normalerweise ist der Bürger in Deutschland ein redlicher, anständiger Mensch, der das Gesetz beachtet. Wenn dagegen eine steuerrechtliche Pflicht auf uns zukommt, gehen wir zum Steuerberater und fragen: Wie kann ich diese vermeiden? Der Verlust des Rechtsgedankens im Steuerrecht – das ist das Kernproblem.

Blickpunkt: Herr Lammert, überzeugen Sie das?

Lammert: Aus vielerlei Gründen überzeugt mich das sehr. Wir haben ja auch zu einem bestimmten Zeitpunkt gemeinsam für genau diesen Grundsatz gestritten. Allerdings sollte man zwei relativierende Bemerkungen machen: Die eine ist, dass sich aus diesem Grundsatz noch nicht zwingend eine ganz bestimmte steuerrechtliche Regelung ergibt, sondern wiederum bestimmte Gestaltungsvarianten, über die man streiten kann und muss. Und zweitens: Selbst dann ist keineswegs sicher, dass sich für eine solche in sich stimmige und bessere Alternative auch demokratische Mehrheiten finden. Denn über die Frage, was gilt, entscheidet natürlich nicht der Wissenschaftler oder Journalist, sondern der Wähler.

Blickpunkt: Nicht nur das Steuersystem, sondern die soziale Marktwirtschaft ins-

gesamt muss sich in der heutigen Krise kritisch hinterfragen lassen. Ludwig Erhard hat gesagt: „Der Markt ist besser als der Staat.“ Er hat den Markt gegen eine hohe Staatsgläubigkeit durchgesetzt und zugleich sozial gezähmt. So ist sein Konzept von der sozialen Marktwirtschaft zu verstehen. Wo stehen wir heute in der Krise? Wie sollen wir heute die soziale Marktwirtschaft verstehen?

Kirchhof: Bei Ludwig Erhard war die Grundidee folgende: Der Unternehmer bewährt sich, weil er die Bedürfnisse des Kunden erkannt, erkundet und befriedigt hat. Gegenwärtig haben wir, jedenfalls in den aktuellen Erscheinungen des Finanzmarktes, teilweise Möglichkeiten, Gewinn durch Spiel und Wette zu erzielen, indem wir auf das Gelingen oder Scheitern eines Unternehmens setzen. Denn beides bringt Gewinn. Oder, wenn ich das Bankgeschäft nehme: Da hatten wir früher die Vorstellung, der Bankier nimmt vom Sparer Hundert für drei Prozent, gibt diese dem Investor für sechs Prozent, und schaut, dass die Laufzeiten gleich sind und der Investor ihm das Geld zurückzahlt. Heute gibt er dem Investor eine Summe und verkauft die Forderung gleich an eine Zweckgesellschaft. Das heißt, er ist gar nicht mehr verantwortlich für die Bonität, für die Güte, für die Zahlungsfähigkeit seines Kunden. Da-

durch entsteht ein System der Unverantwortlichkeit.

Blickpunkt: Das klingt doch sehr danach, Herr Lammert, als habe der Markt versagt. Hat der Markt versagt oder haben wir ihn falsch gehandhabt?

Lammert: Beides. Mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft ist gerade nicht, dass der Staat Märkte zulässt und damit glaubt, seine Pflicht getan zu haben. Die Verselbstständigung von Marktmechanismen, wie wir sie gerade auf den internationalen Finanzmärkten erlebt haben, passt ganz und gar nicht zu Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft. Denn der hatte auf zwei ganz wesentliche Rahmenbedingungen gesetzt: Erstens auf die Marktordnung selber, die Wettbewerbsordnung. Das heißt, der Staat muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um Wettbewerb zu erhalten. Zweitens muss er zugleich Einfluss auf die Verteilungsergebnisse nehmen. Und da sind wir dann wieder bei dem entscheidenden Thema: In welchem Umfang sollte er das tun? In welchem Umfang muss er das tun? Und von wo an wird das für die Eigendynamik eines Marktsystems wiederum kontraproduktiv?

Blickpunkt: Wenn ich einen Ordnungsrahmen setze, wenn ich eine Marktordnung habe, dann muss ich sie auch durchsetzen. Ein Rechtsstaat ohne Po-

lizei funktioniert nicht. Ist da nicht etwas vergessen worden in den letzten Jahren vor der Krise, als man zwar Ordnungsrahmen hatte, aber sich gar nicht groß darum kümmerte, dass sie auch wirklich durchgesetzt wurden?

Kirchhof: Natürlich! Die nicht verantwortete Marktteilhabe, die wir gegenwärtig teilweise erleben, ist das Hauptproblem. Zudem haben wir einen Markt, der nicht auf Deutschland und auf Europa begrenzt ist, sondern bis in alle Winkel der Welt reicht. Das bedeutet, dass wir mit den internationalen Organisationen sehr energisch versuchen müssen, die elementaren Prinzipien eines rechtlichen Rahmens zu leisten. Wir stehen, juristisch, wieder in einer Gründersituation, so ähnlich wie bei der Gründung des Grundgesetzes. Wir brauchen ein neues, weltweit wirkendes Marktrecht, das Verantwortlichkeiten birgt. Ich darf es einmal anhand eines Beispiels verdeutlichen: Wenn ein Kapitän auf hoher See fährt, weiß er, dass, wenn er sein Schiff auf Sand setzt, er als Letzter von Bord geht. Erst gehen die Frauen und Kinder in die Rettungsboote, dann die Männer, dann die Matrosen und dann er. Und weil er weiß, dass er beim Steuern seines Schiffes persönlich so viel riskiert, fährt er vorsichtig, steuert er sicher, und das Schiff geht nicht auf Grund. Hätten wir dieses Prinzip im Finanzmarkt, dann hätten wir schon sehr viel dazu beigetragen, dass dieser ein sozialer, weil rechtlich umgrenzter und Verantwortung zuweisender Markt ist.

Blickpunkt: Inzwischen erleben wir eine neue Gegenbewegung: Auf einmal ist der Staat ganz groß da, selbst in Amerika. Und zwar agiert der Staat jetzt in allererster Linie auf eine Weise, dass er Milliardenbeträge einsetzt, um mal systemrelevante, mal weniger systemrelevante Unternehmen zu retten. Selbst das Thema „Verstaatlichung“ ist nicht mehr tabu. Ist das nur der Krise geschuldet? Kann das von Dauer so sein? Und was hat das für Folgen für die nächsten Generationen?

Kirchhof: Es hat gewaltige Folgen. Denn sich ausdehnende Staatsaufgaben sind immer auch sich ausdehnende Staatsaufgaben. Wir müssen innehalten – nicht nur in Deutschland, sondern fast noch mehr in den USA –, dass wir den Staat finan-

ziell nicht planmäßig überfordern. Wir leben schon heute besser, als wir selbst könnten, weil wir in Bereitschaft einer fast unbegrenzten Staatsverschuldung über den Kredit auf die Steuerkraft der Kinder zugreifen.

Blickpunkt: Was sagt der Politiker zu dem Satz: „Wir leben jetzt besser, als wir

„Wir haben den höchsten Stand staatlicher Sozialleistungen, den es in der deutschen Geschichte überhaupt jemals gegeben hat.“

Norbert Lammert

eigentlich leben dürften – auf Kosten unserer Kinder?“ Das ist ja ein schwerer Vorwurf.

Lammert: Stimmt. Er ist im Übrigen auch nicht ganz neu. Diese Diskussion findet mindestens so lange statt, wie ich selbst aktiv Politik betreibe. Das heißt, wir reden eigentlich schon mindestens seit einer Generation über diese Frage ...

Blickpunkt: ... aber noch nie unter so dramatischen Umständen.

Lammert: Ja, das ist wahr. Aber eine Relativierung ist dennoch unvermeidlich. Natürlich ist das, was jetzt im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bewältigung der internationalen Finanzkrise stattfindet, ein in der Größenordnung bislang völlig beispielloser Zugriff auf die Verteilungsspielräume künftiger Generationen. Bei einer eindimensionalen Betrachtung hätte also diese Rettungsaktion unterbleiben müssen. Niemand wird aber ernsthaft behaupten wollen, wir hätten künftigen Generationen einen Gefallen getan, wenn wir unter Verweis auf deren künftige Gestaltungsspielräume den Kollaps der internationalen Finanzinstitutionen sehenden Auges in Kauf genommen hätten. Also auch hier stehen wir dann wieder vor einer schwierigen Abwägungsfrage, in welchem Umfang das Engagement – gerade im Hinblick auf diese Nebenwirkung – jetzt sein muss und wo die Grenzen dieses Engagements liegen. Da würde ich persönlich schon deutlich differenzieren zwischen den beispiellosen Rettungsschirmen, die wir jetzt mit Blick auf Banken und Finanzinstitutionen zur Verfügung gestellt haben, und den Erwartungen vieler Beschäftigter und vieler Betroffener, dass gefälligst nun ähnliche Rettungsschirme für alle sich in Notlagen befindlichen Unternehmen errichtet werden müssten. Das sage ich gerade im Hinblick auf die nachwachsende Generation.



Foto: picture-alliance/Jens Büttner



Foto: DBT/Marc Steffen Unger

Treffen der Wehrbeauftragten

Ein Neuanfang zum runden Geburtstag

Sie heißen Ombudsleute und Beschwerdekommis­sar, Generalkontrolleur und Volksanwalt – und sie haben oft ganz unterschiedliche Befugnisse. Der Wehrbeauftragte, so wie er in Deutschland genannt wird, ist Anwalt der Soldaten und zugleich ein Hilfsorgan des Parlaments bei der Kontrolle der Streitkräfte. Im Mai trafen sich die Wehrbeauftragten aus 18 Ländern zur ersten gemeinsamen Konferenz in Berlin.

Fünfzig Jahre hat der Bundestag nun bereits seinen Wehrbeauftragten. Anlass nicht nur, wie Bundespräsident Horst Köhler betonte, „mit Stolz“ auf das Wirken jener Amtsinhaber zurückzublicken, durch die die Institution „unverzichtbar wichtig“ geworden sei. Sondern Grund genug, auch ein neues Projekt zu starten: Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe lud mit Unterstützung des Genfer Zentrums für demokratische Streitkräftekontrolle erstmals alle Ombudsleute der Welt mit vergleichbaren Aufgaben zu

einer Konferenz nach Berlin ein. Ziel: sich und Situationen, Möglichkeiten und Probleme in den einzelnen Staaten besser kennenzulernen. Fernziel: zu einem gemeinsamen „Standard für alle in internationalen Verbänden agierenden Soldatinnen und Soldaten“ zu gelangen, so Robbe.

Unangemeldete Besuche

Der Wehrbeauftragte in Deutschland ist, wie Robbe den Vertretern aus 18 Staaten erläuterte, „eine Antwort auf die schlimmen Erfahrungen der dunkelsten Epoche

deutscher Geschichte“. Er achtet darauf, dass die Grundrechte der Soldaten gewahrt bleiben und die Grundsätze der so genannten Inneren Führung eingehalten werden. „Unsere Soldatinnen und Soldaten sind zugleich Bürger“, sagte der Bundespräsident beim Empfang der Ombudsleute im Schloss Bellevue. „Sie kennen mehr als Befehl und Gehorsam, sie lassen sich von Vernunft leiten und sie wissen um den Wert von gegenseitigem Respekt und Kameradschaft.“

Durch unangemeldete Besuche mache er sich als Wehrbeauftragter immer wieder ein „ungeschminktes“ Bild

vom Zustand der Truppe, erläuterte Robbe. Und jedes Jahr besuche er die Soldaten bei ihren wichtigsten Auslandseinsätzen. Dabei wächst von Mal zu Mal die Überzeugung, dass ein spezieller Umstand multinationaler Einsätze noch zu wenig Beachtung findet: „Wenn es um die politischen, sozialen oder dienstrechtlichen Verhältnisse der Soldatinnen und Soldaten geht, sind immer häufiger Gremien auf internationaler Ebene beteiligt“, sagte Robbe. Und sein Leitender Beamter Friedhelm Dreyling verwies auf Probleme, die sich daraus ergeben könnten, dass in solchen multinationalen Einsätzen „verschiedene Führungskulturen aufeinandertreffen“. Konkret: Da sich die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten nur auf die Bundeswehr beziehe, könne er nicht genügend darauf einwirken, dass Fehlverhalten von Vorgesetzten aus anderen Ländern geahndet wird.

Der Ausweg: langfristig auf einen einheitlichen Standard hinwirken, wie von Robbe zu Beginn angekündigt. Weil aber die einzelnen Kontrollinstitutionen damit absolutes Neuland betreten, stand beim Konferenzauftakt in Berlin zunächst einmal Grundlagenarbeit auf der Tagesordnung. Wie höchst verschieden der Zugang zu einem gemeinsamen Standard ist, lässt bereits ein Blick auf die Bezeichnung der Gäste in Berlin erkennen. Sie heißen Wehrbeauftragter, Präsidium der Bundesheer-Beschwerdekommision, Ombudsmann, Beschwerdekommisssar, Generalinspektor, Volksanwalt oder Generalkontrolleur. Und ähnlich unterschiedlich sind ihre Befugnisse und Arbeitsweisen, wie Hans Born, Leitender Wissenschaftler des Genfer Zentrums für demokratische Streitkräftekontrolle (DCAF), aufgrund einer internationalen Umfrage herausarbeitete.

Einige haben ein allgemeines Mandat und kümmern sich um alle Regierungsstellen, jeder Zweite ist speziell für die Streitkräfte zuständig. Einmal sind die Ombudsleute dem Verteidigungsministerium zugeordnet, ein anderes Mal dem Parlament. Verschieden sind auch die Gründe, die zur Schaffung der Institutionen führten: Der Neuanfang mit demokratischer Kontrolle nach dem Weltkrieg war ein Grund, der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie ein

anderer, wieder andere zogen damit die Konsequenzen aus Skandalen oder einer dauernden Unzufriedenheit mit der Art, wie mit Beschwerden von Soldaten umgegangen wurde.

Gesundes Selbstbewusstsein

Zu den entscheidenden Fragen gehört die Unabhängigkeit, die den Amtsinhabern zugestanden wird. Sind sie materiell und finanziell ausreichend ausgestattet? Können andere Personen oder Institutionen ihre Arbeit vorgeben, beeinflussen oder gar unterbinden? Im Verlauf der Diskussion hinterfragte die Konferenz beispielsweise die Konstruktion in den US-Streitkräften. Zu

auch anders zu erleben, als sie von der Papierform her erscheinen. So kam auch der deutsche Wehrbeauftragte auf die Liste der Institutionen, die ihren Untersuchungsgegenstand entzogen bekommen können. Tatsächlich hat der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, selbst anstelle des Wehrbeauftragten in die Aufarbeitung von Vorkommnissen in der Truppe einzusteigen und dem Wehrbeauftragten Anweisungen erteilen. Verteidigungsausschuss-Vorsitzende Ulrike Merten betonte jedoch, dass Ausschuss und Wehrbeauftragter „eng miteinander verbunden“ seien. Die Tatsache, dass der Wehrbeauftragte ein „Hilfsorgan“ des Bundestages sei, habe bislang noch kei-



Foto: DBT/Marc Steffen Unger

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe

den Einheiten gehöre jeweils ein Generalinspektor als eine dem Ombudsmann vergleichbare Institution. Das bedeutet, dass die Soldaten auch bei ihren Auslandseinsätzen einen ständigen Ansprechpartner haben. Die Amtskollegen problematisierten allerdings den Fakt, dass der Generalinspektor in die militärische Hierarchie eingebettet sei. William Kurt Miller aus den USA erwiderte, dass die Generalinspektoren unmittelbar dem Kommandeur der jeweiligen Einheiten unterstellt seien und den Status einer neutralen Partei hätten. Mitunter sind die Dinge in der Realität

den Wehrbeauftragten davon abgehalten, „mit gesundem Selbstbewusstsein“ seiner Tätigkeit nachzugehen.

Wie von Robbe geplant, bleibt die erste Konferenz nicht die einzige. Schon während der Debatten gab es Anregungen, für die nächste Zusammenkunft unter anderem die Veteranenarbeit in den Mittelpunkt zu stellen. In einer „Berliner Erklärung“ kam die Konferenz überein, die Treffen „periodisch fortzuführen“, um so die Zusammenarbeit zu intensivieren. Im nächsten Jahr geht es in Wien weiter.

Gregor Mayntz ■



Besucherdienst im Bundestag

Alles voller Überraschungen

Nicole Sonne ist freiberuflich für den Besucherdienst des Deutschen Bundestages tätig. Sie sagt, es sei die beste Aufgabe, die sie je hatte. Und das strahlt sie auch aus.



Die Frage lautet: Warum hängt im Plenarsaal ein Adler und kein Krokodil? Nein, darüber geht man nicht mit einem Lächeln hinweg. Nicht, wenn man es gut machen will. Man gibt sich Mühe, klug zu antworten. Was hat der Adler dort zu suchen? Was macht ihn besser als ein Krokodil?

Nicole Sonne erzählt diese kleine Geschichte und lächelt. Es sei oft so überraschend, sagt sie, worauf Kinder kommen und welche verschlungenen Wege ihre Gedanken gehen, bis sie dann in einer „Krokodilfrage“ münden. Elf Jahre arbeitet die gebürtige Rheinländerin – das ist sie, auch wenn ihr

Geburtsort auf Barbados in der Karibik liegt – nun schon als Honorarkraft für den Besucherdienst des Deutschen Bundestages. Wahrscheinlich ist sie voller kleiner und größerer Geschichten, die von all den Menschen handeln, die hierher kommen, um sich etwas erzählen zu lassen, zu schauen und zu staunen, vielleicht auch, um Ärger loszuwerden oder einfach nur eine wichtige Frage. Die in größeren und kleineren Gruppen durch das Reichstagsgebäude laufen, geleitet und begleitet von einer wie Nicole Sonne, die ihnen etwas nahebringen möchte, ohne belehrend zu wirken, die sie begeistern will – nicht einfach nur für das Haus, sondern auch

für das, was hier geschieht und worauf es gründen kann. Dann stehen die Leute zum Beispiel in der Abgeordnetenlobby, wo Katharina Sieverdings Kunstwerk der von 1933 bis 1945 verfolgten, ermordeten und verfeimten Mitglieder des Reichstages der Weimarer Republik gedenkt. Dies sei ein Ort, sagt Nicole Sonne, den sie für einen der schönsten und wichtigsten halte. Und der auch nie seine Wirkung auf die, die zu Besuch gekommen sind, verfehle.

Die Sache mit dem Krokodil

In Texten und Meldungen über die Arbeit des Besucherdienstes, zu dem 39

fest angestellte Mitarbeiter gehören und für den rund 130 Menschen freiberuflich tätig sind, ist zu lesen, dass jährlich rund eine Million Menschen dessen Angebote in Anspruch nehmen. Das sind rund 2.800 an jedem Tag. Sie kommen, um sich durch die Häuser des Bundestages führen zu lassen, auf der Besuchertribüne im Plenarsaal zu sitzen, Bundestagsdebatten zu verfolgen, Vorträge über die parlamentarische Demokratie und die Geschichte des Reichstagsgebäudes zu hören oder über die Kunstwerke und die Arbeit des Parlamentes. Sie besuchen Sonder- und Großveranstaltungen, Jugendliche nehmen an Planspielen teil und schlüpfen in die Rolle von Politikerinnen und Politikern, Bundeswehrangehörige sitzen in Parlamentsseminaren und diskutieren mit Vertretern aller Fraktionen über Krieg und Frieden. Und vier Mal im Jahr kommen die Jüngsten zu den Kindertagen des Parlamentes und wollen zum Beispiel die Sache mit

dem Adler und dem Krokodil geklärt haben.

Als Nicole Sonne vor elf Jahren, damals noch in Bonn, freiberuflich beim Besucherdienst begann, lagen weltgerierte Jahre hinter ihr. Sie hatte in Warschau gelebt und in Washington. Sie war Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit in zwei großen Unternehmen gewesen. Nicole Sonne fand die Entscheidung des Parlamentes, nach Berlin zu gehen, in die neue Hauptstadt des vereinten Deutschlands, gut, und sie ist gern nach Berlin gezogen. Mit ihrer Familie – Kind und Kegel und Eltern – kam sie her, damit Nähe nicht verschwindet. Sie sagt: „Was ich hier tue, ist die schönste Aufgabe, die ich jemals hatte. Sie passt zu mir, denn ich bin ein offener, kommunikativer Mensch. Neugierig auf andere. Sie ermöglicht mir, meine Erfahrungs- und Erlebniswelt ständig zu erweitern. Wissen Sie“, sagt sie und malt mit den Händen einen kleinen Kreis in die Luft, „Besucherführungen

sind sozusagen die Visitenkarte des Parlamentes. Und wenn man es gut machen will, muss man Freude an dem haben, was man tut. Es geht nicht darum, andere von etwas zu überzeugen. Es geht darum zu erklären, wie Demokratie funktioniert. Natürlich will ich denen, die vielleicht skeptisch oder verärgert oder verdrossen sind, aus ganz anderen Erfahrungswelten kommen, möglichst viel an die Hand geben. Sie sollen besser informiert sein, wenn sie den Bundestag verlassen. Und natürlich will ich das Image des Parlamentes, der Abgeordneten verbessern. Immer aber auf der Grundlage der Wahrheit.“

Besondere Momente

Offenheit gegenüber allen und jedem sei besonders wichtig, betont Nicole Sonne. Die Art, wie sie redet, auf Augenhöhe, mit Blickkontakt, geradlinig und lieber eine Pause zum Überlegen wagend als einfach mal so dahingesagt, unter-



streicht das. Offenheit nährt sich auch daraus, jede und jeden ernst zu nehmen und sich darauf einzulassen, dass die gleiche Frage von unterschiedlichen Menschen gestellt dann eben auch von verschiedenen Geschichten sprechen kann, die hinter der Frage stecken.

Und was sind die ganz besonderen Momente? „Viele“, sagt Nicole Sonne. „Sehr viele. Einmal hatte ich eine große Gruppe vom Landfrauenverband. Und nach der Führung kam eine Frau auf mich zu und sagte, dies sei der schönste Tag in ihrem Leben gewesen, dass sie dies heute hier erleben durfte, hätte ihr so sehr gefallen. Das ist berührend. Es bewegt mich, wenn hier Menschen herkommen, die den Holocaust überlebt haben. Wenn uns Zeitzeugen besuchen, die den zerstörten Reichstag kennen, die Zeiten des Kalten Krieges in dieser Stadt erlebt haben, das alles sind besondere Momente.“

Und die anstrengenden Momente? Nicole Sonne atmet ein und atmet aus,

schaud aus dem großen Fenster, durch das man über Grün hinweg hinüber zum Kanzleramt sehen kann, und denkt nach. Es hinge ja trotz aller Anstrengungen und Bemühungen nicht nur von einem selbst ab, sagt sie, ob man die Menschen erreicht. Bei Schülerinnen und Schülern sei es manchmal nicht einfach, die Mauer vermeintlichen oder selten auch wirklichen Desinteresses zu durchstoßen. Wenn ihr eine Gruppe von Menschen gegenüber sitzt oder -steht, von denen viele ohne Arbeit und manche von denen auch ohne Hoffnung seien, dann komme es vor, dass jemand sagt: „Das ist alles schön, Frau Sonne, was Sie da erzählen. Aber mir hilft es nicht.“ Und das müsse man dann auch so stehenlassen. Denn auch dies verlangt der Respekt vor den anderen.

Im Familienalbum

In diesem Moment kommt einem der Gedanke, in wie vielen Fotoalben land-

auf, landab und über die Grenzen hinaus Nicole Sonne verewigt sein mag. Vielleicht untertitelt mit „Unser Besuch im Reichstag. Frau Sonne, unsere Führerin, erzählte viel Interessantes. Und oben auf dem Dach und in der Kuppel konnten wir die ganze Stadt sehen.“ Nicole Sonne lacht und sagt, darüber hätte sie sich noch keine Gedanken gemacht. Aber ja, möglich sei es schon, dass ihr Konterfei in dem einen oder anderen Familienalbum zu sehen sei.

Rund drei Millionen Menschen besuchen jedes Jahr den Deutschen Bundestag. Manche nur ganz kurz, weil sie nichts weiter wollen als rauf auf die Kuppel und einen Blick auf die Welt ringsum und in den Plenarsaal werfen. Für Nicole Sonne bleibt, so sagt sie, alles voller Überraschungen. Jeder Mensch ist anders, die Dinge wiederholen sich nicht, die Welt dreht und verändert sich. „Was für eine schöne Aufgabe ich habe“, sagt sie.

Kathrin Gerlof ■



Foto: DBT/Julia Nowak-Katz

Wer hat's gesagt?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Im Herbst 1989, in dem ein hochrangiger bundesdeutscher Politiker diesen Satz ausspricht, steht das Schicksal des SED-Regimes in der DDR auf des Messers Schneide. In den Ländern des zerbrechenden Ostblocks haben Reformen im Kampf gegen die kommunistische Diktatur erste Erfolge erzielt: In Polen steht erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Nichtkommunist an der Spitze der Regierung. Ungarn hat seine Grenze zu Österreich geöffnet.

In der DDR aber versucht die Staatsmacht, die Reformkräfte zu unterdrücken. Ohne Erfolg: In Leipzig und vielen anderen Städten versammeln sich immer mehr Menschen zu Demonstrationen gegen das Regime. Gleichzeitig versuchen immer mehr vor allem junge Menschen, das Land zu verlassen. Sie nutzen zu Zehntausenden

die nun offene Grenze zwischen Ungarn und Österreich oder dringen in die Botschaften der Bundesrepublik in Warschau, Budapest und Prag ein, wo sie auf eine Ausreisegenehmigung warten.

Der Versuch der SED, die DDR als „sozialistische Nation“ in den Köpfen ihrer Bürger zu verankern, ist gescheitert. Der Mann, der dies in einem Interview mit dem „Spiegel“ sagt, weiß, wovon er spricht. Er ist selbst einer der vielen Menschen, die aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen sind. Das war im Jahr 1952. Der damals 25 Jahre alte Rechtsreferendar trat nach seiner Übersiedlung einer der Parteien bei, die unter Kanzler Konrad Adenauer eine Koalition bildeten. Nach einigen Jahren Geschäftsführertätigkeit in Bundestagsfraktion und

Partei wurde er 1965 in den Bundestag gewählt und schon drei Jahre später stellvertretender Parteivorsitzender. Es dauerte noch einmal vier Jahre, bis er in die erste Regierung der Koalition aus SPD und FDP berufen wurde. 1974 schließlich kam er in das Amt, das er 18 Jahre lang ausübte und das ihn und eines seiner bevorzugten Kleidungsstücke legendär machte.

Als sich der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten Osteuropas abzeichnete, setzte er sich mit Nachdruck für

eine wirksame Unterstützung der politischen Reformprozesse in Polen und Ungarn ein und rief die DDR-Führung auf, sich der Wende nicht zu widersetzen. In die Flüchtlingsdramen in den Botschaften griff er wenige Tage nach seinem „Spiegel“-Interview mit einem nicht vollendeten Satz ein: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute

Ihre Ausreise ...“ Der Rest seiner Worte ging im Jubel unter.

Klaus Lantermann ■

„Jeder Versuch, von der Existenz zweier deutscher Nationen auszugehen, ist auf Sand gebaut.“

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: BLICKPUNKT BUNDESTAG, c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (0 30) 6 50 00-1 92, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com.

Einsendeschluss: 1. September 2009

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost.

Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 03-2009 lautet: Antje Vollmer.

Eine Reise nach Berlin hat Dietrich Krämer aus Breitscheidt gewonnen.



Südafrika: Nationalversammlung und Provinzrat

Bunt statt schwarz-weiß

Als Ort vornehmer Gentlemen galt das südafrikanische Parlament zu Apartheidzeiten nicht gerade. Die kürzlich verstorbene Politikerin Helen Suzman hat das mehr als einmal erfahren. In den 60er-Jahren war sie als Abgeordnete der Progressiven Partei (PFP) die einzige Frau in der Volksvertretung – umgeben von 163 teils schwer irritierten Männern. Der langjährige Premierminister Botha schimpfte sie nach einer ihrer Reden gegen die Rassentrennung einmal eine „kleine teuflische Katze“. Suzman empörte das Establishment im konservativen Apartheidstaat mit ihren Ansichten – und als Frau.

Heute sind solche Geschichten undenkbar. Das liegt nicht zuletzt daran, dass mittlerweile fast die Hälfte aller Abgeordneten Frauen sind. Mehr weibliche Abgeordnete gibt es nur noch in Schweden und Ruanda. Als im Mai die Parlamentarier nach der vierten demokratischen Wahl Südafrikas antraten, da glich das fast schon einem Schaulaufen auf dem Catwalk. Viele der 490 Vertreter aus Nationalversammlung und Provinzrat trugen schillernde Kostüme. Die Crème der südafrikanischen Mode-

designer riss sich darum, sie einkleiden zu dürfen. Stolz verweisen die Abgeordneten mit ihrem Kostüm auf ihre Herkunft als Zulu oder Xhosa etwa, als Swazi oder Tonga. Denn auch dafür steht das Parlament in Kapstadt: Es ist Spiegelbild einer „Regenbogennation“, die fast so viele Ethnien und Sprachen kennt wie der Vielvölkerstaat Indien.

Und so verwundert es nicht, dass in die einstmals steif und britisch wirkende Nationalversammlung afrikanische Bräuche Einzug gehalten haben. Zum Beispiel Lobgesänge auf die Exekutive. Als die Nationalversammlung im Mai Jacob Zuma zum neuen Präsidenten Südafrikas wählte, tanzte ein junger Mann mit einem Federkleid über dem halbnackten Oberkörper, in der Hand einen Speer. Der Imbongi, ein Lobsinger, pries in wilder Mischung zwischen Zulu und Englisch den Präsidenten. Ob nun Nelson Mandela, der erste Präsident, oder sein Nachfolger Thabo Mbeki – jeder Amtsinhaber hat seinen eigenen Imbongi. Und den benötigt er wohl auch, wenn ihn die Opposition – und manchmal auch das eigene Lager, die Regierungspartei ANC – piesackt: mit Vorwürfen, zu wenig gegen Vettern-

wirtschaft zu tun, oder gegen die hohe Zahl von Aids-Neuerkrankungen im Land.

Das Parlament verteidigt mit der Verfassung von 1997 eine der modernsten Gesetzgebungen der Welt, in der Gleichberechtigung eine große Rolle spielt. Allerdings gibt es eingebaute Vorfahrtsregeln, etwa wenn es um den Schutz von Minderheiten und Traditionen geht. So kümmerte es die weiblichen ANC-Abgeordneten offenbar wenig, dass Jacob Zuma mit mehreren Frauen liiert ist. Als Angehöriger der Zulu darf er das schließlich. Während das Land orakelt, wer denn nun die First Lady sein werde, werden die Parlamentarier Zuma an seiner Arbeit messen. Und spätestens nach der Parlamentswahl in fünf Jahren entscheiden, ob er noch einmal einen Lobgesang verdient.

Christian Putsch, Kapstadt ■

Parliament of South Africa
Englischsprachige Informationen:



www.parliament.gov.za



Medienpreis Politik

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Er würdigt hervorragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Mit diesem Preis werden Arbeiten in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, Online- Medien oder in Rundfunk und Fernsehen prämiert. Die vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehene Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert.

- Der eingereichte Beitrag muss nach dem 30.11.2008 erschienen sein und bis zum 30.10.2009 vorliegen.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine unabhängige Fachjury, der sieben renommierte Journalisten angehören.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227-38630

Fax: 030 227-36464

Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de

www.bundestag.de/parlamentspreise



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Wenn Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG abonnieren möchten, wenden Sie sich an unsere Abonnentenbetreuung.

Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG
Aschmattstraße 8
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Chefredaktion: Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

Redaktion: Helmut Spörl (Leiter),
Alexander Heinrich, Jörg Müller-Brandes
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Ingrid Otto, Anita Drbohlav
Produktion: René Hanhardt
Onlineproduktion: Lars-Eberhard Schmidt
Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb
Cornelia Hesse
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Druck: Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

Einzelverkaufspreis: 2 Euro
Redaktionsschluss: 24. Juli 2009

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet:
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

Anschrift für die Post unserer Leser:
BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.